

Pressestimmen

KRISE IN VENEZUELA

Neue Zürcher Zeitung

„Krieg“ Einen Bürgerkrieg kann es in der gegenwärtigen Situation in Venezuela nur geben, wenn sich ein Teil der Armee oder der chavistischen Milizen auf die Seite von Interimspräsident Juan Guaidó schlägt. Denn die Chavisten verfügen über das Waffenmonopol, die Opposition ist nicht bewaffnet.

■ Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Le Monde

„Unterstützung“ Die Armee ist bisher nicht übergelaufen. Guaidó muss deshalb seine Anstrengungen fortsetzen, sie zu überzeugen. Die friedliche Unterstützung einer immer größeren Zahl ausländischer Staaten kann seine Position nur stärken – darunter ist neben der EU auch die Lima-Gruppe, der 14 lateinamerikanischen Staaten sowie Kanada angehören. Eines ist sicher: Eine US-Militärintervention, mit der Präsident Trump gedroht hat, wäre ein schwerer Fehler.

■ Le Monde, Paris

Kalenderblatt



Foto: dpa

DAS GESCHAH AM ...

6. Februar

■ 1919: Im Nationaltheater zu Weimar tritt die deutsche Nationalversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, hält die Eröffnungsrede.

■ 1995: In Stinatz im Burgenland explodiert eine Rohrbombe. Ein Mann wird dabei schwer verletzt.

■ Geburtstag: Pierre Brice (eigtl. Pierre-Louis de Bris), französischer Schauspieler, Winnetou-Darsteller (1929–2015).

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 19, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Silberrücken

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

David Malpass

Vom Kritiker zum Chef

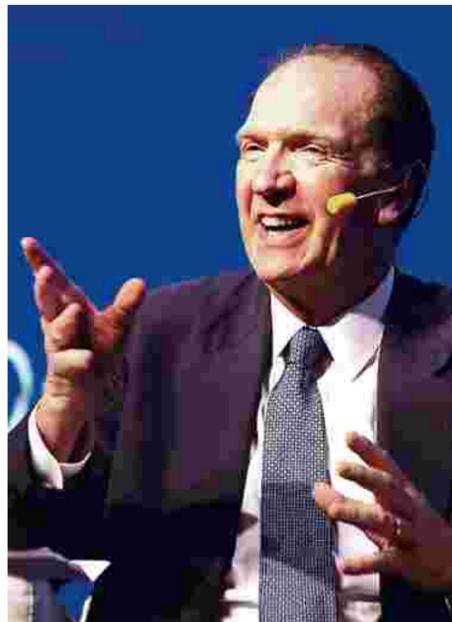
Von Thomas Spang

David Malpass (62) gilt als scharfer Kritiker der Weltbank. Damit qualifiziert er sich aus Sicht von US-Präsident Donald Trump ganz besonders für die Führung der internationalen Organisation.

Trumps Kandidat teilt die Skepsis des Präsidenten über die Institutionen der internationalen Zusammenarbeit. Er sei nicht grundsätzlich gegen, halte aber nicht viel von „Globalismus und Multilateralismus“, räumte Malpass 2017 bei der Anhörung zu seiner Bestätigung als Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im US-Finanzministerium ein. Malpass vertritt die Ansicht, Organisationen wie die Weltbank seien „zu groß und zu übergriffig“ geworden. „Die Herausforderung, sie auf ihre ursprünglichen Ziele zu konzentrieren, ist dringender und schwieriger.“

Genau das wird die Aufgabe des langjährigen Trump-Vertrauten sein, wenn dieser ihn heute nominiert. Die Bestätigung durch den 24-köpfigen Exekutivrat gilt als Formsache. Analysten halten es für ausgeschlossen, dass die traditionelle Führung der Bank durch einen Amerikaner in Frage gestellt wird. Dies brächte das Risiko eines Rückzugs der USA bei der Finanzierung der Weltbank mit sich. Mit 16 Prozent ist Washington der größte Anteilseigner.

Die Entscheidung fiel auf Malpass, weil der ehemalige Chef-Volkswirt des 2008 gescheiterten Finanzhauses Bear Stearns Trump bereits während des Wahlkampfes als Wirtschaftsberater zur Seite stand. Als ehemaliger Ministerialdirektor im Finanzministerium unter Ronald Reagan und George Bush sen. ver-



Der langjährige Trump-Vertraute soll die Führung der Weltbank übernehmen.

Foto: Reuters

fügt er über institutionelle Erfahrung. Vor allem teilt er die harte Linie Trumps gegenüber China. Malpass sieht nicht ein, warum China als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt der größte Kreditnehmer der Weltbank ist. Sollte er demnächst an der Spitze der Organisation mit mehr als 10.000 Mitarbeitern stehen, dürfte es für Peking schwierig werden, etwas von dem zuletzt 466 Milliarden Dollar großen Kreditkuchen der Weltbank zu erhalten.

Leitartikel

Von Eike-Clemens Kullmann



Von Toleranz kaum eine Spur

Historisch. Zu Recht stand die Papstreise in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) unter diesem Titel. Mit Franziskus pilgerte erstmals ein Oberhaupt der katholischen Kirche dorthin, wo der Islam entstand. Ein vom Pontifex auf der Arabischen Halbinsel gesetztes Zeichen: Es gibt den christlich-islamischen Dialog. Denn dem wachsenden Fundamentalismus zum Trotz reden der Papst und die muslimischen Gelehrten miteinander auf Augenhöhe.

Der heilige Vater nutzte die 48 Stunden aber nicht nur zum freundlichen, brüderlichen Gespräch. Denn nur nett zu sein, wäre das Gegenteil von Dialog. Und so setzte Franziskus auch ein starkes Zeichen für Religionsfreiheit und Menschenrechte – hier sind die VAE schließlich alles andere als ein Vorbild. Nicht zuletzt prangerte Franziskus den schmutzigen Waffengang im Jemen an. In

Der Papst zeigte es bei seiner VAE-Visite auf: Der Scheich trägt

dieses zehntausendfache Morden sind die Emirate an der Seite Saudi-Arabiens maßgeblich verwickelt. Ungeachtet der deutlichen Kritik versuchte sich die Staatsführung als Hort der weltoffenen Toleranz im Nahen Osten zu gerieren. Der Begriff ist seit Jahren ein Schlagwort in der Außendarstellung des Golfstaates: gibt es doch seit 2016 ein eigenes Ministerium für Toleranz, und 2019 wurde gar zum Jahr der Toleranz ausgerufen.

Doch auch wenn etwa 13 Prozent der Einwohner Christen sind und diese ihren Glauben auch praktizieren dürfen: Christen und Muslime sind keinesfalls gleichgestellt. Eine Christin darf zwar einen Muslim heiraten, ein Christ aber keine Muslimin. Christen dürfen nicht missionieren, einem Muslim, der zum Christentum konvertiert, droht die Todesstrafe. Von politischer Toleranz gibt es ebenfalls kaum eine Spur. „Auch wenn sie inbrünstig beteuern, ein toleranter Rechtsstaat zu sein: Die VAE sind beängstigend unsicher für Akademiker, Journalisten, Aktivisten und Kritiker“, schreibt Human Rights Watch.

Sich als Anwalt religiöser Minderheiten, Kämpfer gegen Extremismus und Mahner von Islam-Reformen zu inszenieren, hat in erster Linie ein Ziel: Die VAE-Führung will sich – ähnlich dem ägyptischen Präsidenten oder dem saudischen Kronprinzen – in erster Linie mit dem Westen gutstellen. Gleichzeitig soll es das drakonische Vorgehen gegen Kritiker im Inland rechtfertigen. Eine Stärkung demokratischer Institutionen findet da keinen Platz. Der Welt diese Diskrepanz aufzuzeigen, ist dem Papst durchaus gelungen.

✉ e.kullmann@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Von Brexit bis Gabalier: Hat die Masse immer recht?

Die Brexit-Abstimmung erinnert an die EWR-Abstimmung in der Schweiz im Jahr 1992. Damals entschieden sich die Schweizer knapp mehrheitlich (50,3%) gegen einen Beitritt zum EWR, und dies gegen die offizielle Meinung der Mehrheit der Parteien, der etablierten Medien und der Wirtschaft.

Auch damals wurde nach der Abstimmung das Bild vermittelt, dass sich die Schweiz vor einem Scherbenhaufen befinde und sich die Zukunft wirtschaftlich desaströs präsentiere. Das Volk habe sich von falschen Argumenten leiten lassen, lautete der Grundtenor. Inwieweit in diesem Fall rück-

blickend das Volk richtig oder falsch entschieden hat bzw. wie es der Schweiz im EWR und in weiterer Folge vielleicht in der EU ergangen wäre, ist schwer zu beantworten. So schlecht scheint es auf jeden Fall der Schweiz auch außerhalb der EU nicht gegangen zu sein.

Demokratisch ist dies aber unter Umständen gar nicht der Punkt. Das damalige Abstimmungsergebnis der Schweiz lehrt, dass eine der schwierigsten Seiten einer Demokratie in der Akzeptanz der Mehrheitsentscheidung liegt – sich just bei richtungs-



VON TEODORO D. COCCA

scheidenden Voten knapp in der Minderheit wiederzufinden, ist schwer zu schlucken.

Gerade das Schweizer Beispiel zeigt, dass es auch einen Weg außerhalb der EU gibt, so unklar und unsicher dieser Weg am Anfang scheinen

mag. In Zeiten des allgegenwärtigen Populismus-Vorwurfes sollte man die demokratische Mehrheitsmeinung nicht lächerlich machen und verhöhnen, so sehr diese der eigenen Meinung auch widerstrebt.

Wie zumindest die Schweiz wiederholt zeigt, hatte das Volk am

Schluss immerhin nicht unrecht. Wenn der Einzelne die Meinung der Mehrheit sachlich in Frage stellt, ist dies selbstverständlich (s)ein demokratisches Recht – ja sogar Pflicht. Den Mehrheitsentscheid abschätzig zu verhöhnen, zeugt hingegen von einem zynischen Demokratieverständnis.

Respektvoller Umgang mit Andersdenkenden ist das Grundprinzip eines achtsamen Umgangs einer demokratischen Gesellschaft untereinander. Vom Brexit bis hin zu scheinbar unwichtigeren Themen wie etwa der ständigen Aufregung um (Massen-)Künstler wie den Musiker Andreas Gabalier ist ein Verlust dieses Prinzips zu be-

obachten. Sich über den anderen zu erheben, ihn von oben herab zu behandeln, kann kaum im Sinne der Demokratie sein. Zur Demokratie gehört unweigerlich auch die Pflicht, sich um objektive Information zu bemühen, Argumente abzuwägen und sich einzustellen, dass eine vorgefasste Meinung falsch war.

Sollten Sie nun der Ansicht sein, die anderen sollten sich genau diese Zeilen zu Herzen nehmen, dann wäre die Botschaft nicht durchgedrungen. Bei sich selbst muss man anfangen.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU Linz.